

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.30 Mk., bei Platzvordrill 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer mittwochs 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Londoner Konferenz.

#### Die deutsche Delegation in London.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach den Meldungen der Sonderberichterstatter der Berliner Blätter ist die deutsche Delegation pünktlich um 1/2 5 Uhr in London eingetroffen. Beim Empfang auf der Victoria-Station begrüßte ein Vertreter Lord Curzons sowie der deutsche Botschafter Stahmer die Delegation. In Begleitung Minister Dr. Simons befanden sich die Staatssekretäre Göppert und v. Simon, Schröder, Bergmann und Lewald, ferner General v. Seede. Als besonderer Vertreter Preußens ist Geheimrat Fehlinger mitgereist, als Vertreter Bayerns Geheimrat Meinel, als „besonderer Kenner in der Frage der Einwohnerwehr“ Pirner. Dagegen ist nach Mitteilungen der Botschaftlichen Zeitung kein einziger Sachverständiger mitgereist. Diese Herren sollen sich lediglich abreisefertig zur Verfügung halten, um auf Anruf eventuell einzeln sofort in London zu erscheinen. Reichsminister Dr. Simons wird als erster in der Wiedergutmachungsfrage sprechen und die deutsche Botschaftliche Zeitung wird Gelegenheit überreichen. Ueber die Art dieser Vorschläge wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Wie der Korrespondent der Botschaftlichen Zeitung erfährt, sind sämtliche Vermutungen, die darüber in der deutschen und ausländischen Presse geäußert worden sind, irrig.

#### Jur Reparationsfrage.

London, 28. Februar. Wie der Havas-Berichterstatter meldet, wird Lord George in der ersten Sitzung im Namen der Alliierten auf die Erklärungen des Reichsministers Dr. Simons antworten und dabei ganz besonders auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Alliierten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erzielen müssen, ohne daß neuerdings die Frage der Kriegsverantwortlichkeit zur Sprache gebracht wird. Hierauf wird Lord George die Bildung des Ausschusses vorschlagen, der aus alliierten und deutschen Sachverständigen besteht und unverzüglich eine ins einzelne gehende Durchprüfung der deutschen Gegenanschläge aufnehmen soll. Diese Vorarbeit wird voraussichtlich am Freitag beendet sein. Die Konferenz wird alsdann in Volltätigkeit die Ergebnisse durchberaten, zu denen die alliierten und die deutschen Sachverständigen gelangt sind.

Paris, 28. Februar. Wie Berlinax dem Echo de Paris aus London berichtet, soll in den letzten Tagen eine Umgestaltung des Abkommens von Paris vorgeschlagen worden sein. Man wolle die 12 Jahreszahlungen in 30 Jahreszahlungen umwandeln, allerdings ohne die Gesamtsumme abzuändern. Dadurch werde eine Erhöhung des Jahresbetrages um 1 300 000 000 Goldmark eintreten.

London, 1. März. (Ill.) Es scheint festzustehen, daß die Pariser Sanktionen weitere Erörterungen unter den Alliierten voraussetzen, ehe sie praktisch anwendbar sind. Gestern wurde ein Ausschuss eingeleitet, der die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen untersuchen soll für den Fall, daß Deutschland keine Reparationspflichten nicht erfüllt. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, die Reparationsfrage vor der militärischen Angelegenheit auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, und zwar ist dies ein französisches Verlangen.

### Griechenland lehnt die vorgeschlagene Regelung der Orientfrage ab.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Paris: Während der Beginn der Verhandlungen mit Deutschland vor allem die Aufmerksamkeit der politischen Welt in Anspruch nimmt, ist die Erledigung der Orientfrage aufs Neue ins Stocken gekommen. Der griechische Ministerpräsident hat von seiner Regierung die Anweisung erhalten, eine Untersuchungskommission für Thrazien und Smyrna nicht anzunehmen. Die Türken wären mit der Entscheidung der Kommission einverstanden gewesen. Jetzt wird die Konferenz über diese Frage noch einmal beraten müssen. Es wird sogar für wahrscheinlich gehalten, daß es in Kleinasien zu neuen Kämpfen zwischen Griechen und Türken kommt.

### Abdankungsabsichten des griechischen Königs?

Paris, 28. Februar. (Ill.) Aus London wird der Chicago Tribune gemeldet, daß der Bericht des englischen Gesandten in Athen den König Konstantin in große Verlegenheit gesetzt habe. Der König habe sich bereit erklärt, zugunsten seines Sohnes abzutreten, wenn dies die Alliierten bestimmen könnten, den griechischen Forderungen gegenüber günstiger zu stimmen.

### Italiens Orientpolitik.

Paris, 28. Februar. Dem Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London erklärte Graf Sforza, die italienische Politik im Orient werde von dem Wunsch nach einer Befriedigung geleitet, die gestatte, den wirtschaftlichen Bestrebungen Italiens nachzugehen. Italien müsse wegen seines Mangels an Eisen, Kohlen und Petroleum die Politik der offenen Tür unterstützen. Wenn diese Politik im nahen Orient angewandt werde, könne sie die italienische Mitarbeit durch Arbeiter, Techniker und Kapital bewirken. Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer Anatoliens könne beträchtlich gesteigert werden. Der Sonderberichterstatter

befragte den Grafen Sforza über das mögliche Ergebnis der Verhandlungen mit Deutschland. Der Graf antwortete: Ich mache Politik und keine Prophezeiungen.

### Die Mandatsfrage.

Paris, 28. Februar. Der Völkerbundrat hat heute Vormittag den Entwurf einer Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage geprüft. Die Besprechung wird heute Nachmittag fortgesetzt. Der Völkerbundrat prüfte ferner einige auf die Verfassung von Danzig bezügliche Fragen und beschloß, der Regierung der Freien Stadt Danzig eine Note zu überreichen betr. Änderungen, die an der Verfassung vorgenommen werden sollen.

Paris, 28. Februar. Nach einer Havasmeldung aus Neuyork berichtet eine Depesche aus Tokio, daß in unterrichteten japanischen Kreisen die Meinung vertreten wird, Japan werde auf der Erteilung des Mandats über die Insel Jap bestehen. Es werde sich dabei auf die Entscheidung berufen, die vom Obersten Rat im Mai vorigen Jahres getroffen wurde.

### Befehung Bayerns im Fall der Nichtentwaffnung?

London, 28. Februar. (Ill.) Daily Chronicle erfährt aus Kreisen der Londoner Konferenzteilnehmer, daß Lord George und Brand nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marshalls Hoch grundsätzlich beschloßen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen der 1. April gestellt wird. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte sich die bayerische Regierung weigern, die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unabsichtlich der Einmarsch allierter Truppen in Bayern erfolgen.

### Die Orgeheute geben nicht nach.

München, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern hat in Regensburg, dem Wohnort des bekannten Dr. Heim, eine große Versammlung der Einwohnerwehre stattgefunden. Die Versammlung hat das Festhalten ihres bisherigen Programmes ausgesprochen.

### Impoante internationale sozialistische Kundgebungen in München.

München, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der zurzeit stärkste Stütz der Reaktion in Deutschland sah gestern in seinen drei größten Sälen eine machtvolle internationale Demonstration, die bewies, daß in Münchens Klassenbewußtem Proletariat trotz aller Verfolgung und Unterdrückung der Geist Kurt Eisners fortlebt.

Die von der Wiener internationalen Konferenz heimkehrenden Genossen, Griml für die Schweizer Partei, Vougeot, Paul Faure, Miktral und Bracke als Vertreter der französischen sozialistischen Partei, Kilen und Shinwell für die Unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens, Crispian, Luise Rich und Mathilde Wurm sprachen vor überfüllten Massenversammlungen im Rindstall, im Mattheserbräu und Löwenbräu.

Sie alle gedachten daran, die in allen Ländern den Kampf gegen den Krieg mit Justizhaus und Gefängnis, den Kampf für die Revolution mit dem Tode hatten bejahen müssen. Die englischen und französischen Genossen schilderten das Elend und die Not, die auch in den Siegerstaaten der Krieg der arbeitenden Bevölkerung gebracht. Die Friedensverträge von St. Germain und Versailles beseitigten nicht, sondern verstärkten nur die Verklammerung des Proletariats. Daher mußten sie vernichtet werden, genau so wie die auf der Pariser Konferenz gefaßten Wiedergutmachungsbeschlüsse.

Alle Redner gelobten unter nicht endenwollenden Beifallsklängen anzukämpfen gegen die kapitalistische Machtpolitik der Ententeregierungen, die nur bezwungen werden könne durch die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder unter der Voraussetzung, daß die Arbeiterklasse zunächst jede in ihrem eigenen Lande ihre Bourgeoisie, ihre Regierung bekämpfe.

Mit einem Hoch auf die internationale sozialistische Arbeiterbewegung und unter Massengesang sozialistischer Kampflieder fanden die Massenversammlungen einen erhabenden Abschluß.

### Eine Abgabe an die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Halle meldet der Vorwärts: Am Sonntag tagte in Halle eine Konferenz für den mitteldeutschen Bergbau. Auf der Konferenz wurde auch über die fernere Taktik der Gewerkschaften beraten. Besonders wurde zu der Frage Stellung genommen, ob die Gewerkschaften im Sinne der kommunistischen Gewerkschaftslehre arbeiten sollen oder im Sinne des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit 177 gegen 13 Stimmen wurde beschloßen, sich nicht an der wirtschaftlichen Räteorganisation zu beteiligen, sondern auf den Grundlagen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weiter zu arbeiten.

Dieser Beschluß beweist, daß die Arbeiterklasse in Mitteldeutschland durchaus nicht so geschloßen hinter der wirtschaftlichen Räteorganisation steht, wie die Kommunisten es gern glauben machen möchten.

### London, Moskau und Angora.

O. J. Die Verhandlungen auf der Londoner Konferenz über die Orientfrage enthüllen aufs neue den Interessenwettbewerb und die mancherlei Gegensätze, die in der Entente selbst über die „Lösung“ der türkischen Frage bestehen. Diese Kalkulationen der Diplomaten sind aber nur zu verstehen, wenn man die tiefere liegenden ökonomischen und weltpolitischen Ursachen der Meinungsverschiedenheiten kennt, Ursachen, die nicht so leicht zu ermitteln sind, wenn man nur Diplomatengequäl und Pressepolemiken berücksichtigt. Die weltpolitischen Grundlagen der jetzigen türkischen Frage sind leicht zu erkennen, wenn man die imperialistischen Bestrebungen vor dem Kriege beachtet. Schwieriger ist es, die Stärke der neu hervortretenden Tendenzen zu bestimmen. Wir wissen nichts Näheres über den jetzigen wirtschaftlichen Zustand Vorderasiens. Die Nachrichten über die nationalen Bewegungen stammen entweder aus englischer oder aus bolschewistischer Quelle und sind daher gefärbt. Man kann also schwer ein Urteil abgeben über die wahrscheinlichen Ereignisse der nächsten Zeit; aber eins ist sicher: Die Fragen des nahen Orients sind durch imperialistische Recepte ebensowenig zu erledigen wie die Probleme Mitteleuropas. Nur der Versailles Vertrag durch die Londoner Konferenz „verlebendigt“ werden, so muß dieselbe Konferenz den Vertrag von Sevres revidieren, der am 10. August 1920 diese Frage angeblich endgültig erledigt hat. Zwei Tatsachen sind es, die diese Revision notwendig machen: die Rückkehr König Konstantins nach Griechenland und die wachsende Macht des „Rebellen“ Kemal Mustafa Pascha, der als Repräsentant der anatolischen Bauern und türkischen Beamten seine Delegation aus Angora nach London sandte.

Betrachten wir die weltpolitische Bedeutung Vorderasiens: Deutschland ist ausgeschaltet, der Traum Hamburg-Bagdad ausgeblüht. Damit ist die Jungtürkenherrschaft, die auf die deutsche Karte gesetzt hatte, gestürzt. Die nationale Bewegung der nicht-türkischen Elemente, nicht nur der christlichen, hat dadurch bedeutend an Kraft gewonnen. Diese nationalen Strömungen der Araber, der Syrier und der Armenier werden, wie schon vor dem Kriege, von den europäischen Mächten, besonders England, künstlich gefördert und ausgenutzt. Endlich ist die alte Politik des Jazismus, der in Persien und Armenien wühlte, abgelöst durch die bei weitem geschicktere Verbearbeitung der Bolschewiki, die sich an alle revolutionären Elemente der orientalischen Völker wenden, an die Intellektuellen mit kommunistischer Propaganda, an die Massen der Bauern und Handwerker, deren antikapitalistische Gesinnung sie geschickt auszunutzen suchen, mit agrarkommunistischen Versprechungen, während sie die ausgesprochenen Nationalisten, die Grundbesitzer und Notabeln usw., mit dem Kampfruf gegen den englischen Imperialismus zu gewinnen suchen. Daß diese Propaganda weit mehr eine Expansionspolitik als eine sozialistische Politik darstellt, beweist neuerdings der Ueberfall auf Georgien. Er ist, wie der Praesid der georgischen Sozialdemokratie mit Recht hervorhebt, eine Fortsetzung der zaristischen Politik unter kommunistischer Flagge. Die dauernden Erfolge dieser Politik sind von hier aus schwer abzuschätzen. Immerhin führt das Zusammengehen mit den türkischen Nationalisten zu dem Ergebnis, daß sich das stark verkleinerte Armenien als Sowjetrepublik erklärte, d. h. sich dem Einfluß Rußlands unterstellte. Von „Sowjetrepubliken“ im europäischen Sinne kann weder bei Armenien noch bei Aserbeidschan (Nordpersien), in Daghestan und der alten russischen Kolonie Turkestan die Rede sein. Diese Länder müssen nämlich durch den Krieg außerordentlich gelitten haben. Das armenische Volk ist außerordentlich geschwächt. Außerdem macht die eigenartige wirtschaftliche Struktur — Landwirtschaft mit künstlicher Bewässerung nebst Handwerk in den Städten, Karawanenhandel mit Kamadentum in Wüste und Steppe — ein modernes Räte-System unmöglich. Man muß sich überhaupt hüten, europäische Besatzungen auf diese Gebiete schablonenhaft zu übertragen.

Immerhin wird die Orientpolitik Moskaus bedeutende Fernwirkungen auf die Asienpolitik Großbritanniens ausüben. Besonders unangenehm für England sind die geistigen Ausstrahlungen der bolschewistischen Propaganda nach Indien. Die revolutionäre Bewegung in diesem Riesereich wird gestärkt durch das Bewußtsein, daß in Moskau ein Bundesgenosse ruht. Im Bewußtsein dieser Indier verwandelt sich Lenin zu „einem großen Heiligen“. Jedenfalls ist die oppositionelle Bewegung Indiens im Wachsen. Bei einem Empfang des Herzogs von Connaught in der Hauptstadt Delhi saßen einige hervorragende indische Fürsten und gleichzeitig hatten alle Läden der Stadt geschlossen, zum Zeichen, daß sie sich dem Boykott englischer Waren anschließen. Und zu gleicher Zeit meldet der Telegraph von bedeutenden Streikbewegungen der verelendeten Textilarbeiter in Bombay. Gelingt es, diese verschiedenen Bewegungen zusammenzufassen, oder ein Zusammengehen mit den Intellektuellen und nationalistischen